

Volksstimme

Ein Abonnement 35 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfanntsch & Co., Magdeburg, Große Mungstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 12. bis 18. November 200 Milliarden Mark, Abnehmer 190 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 100mm breite, 27 Millimeter breite Nonparetzeile kostet 140 Mk., auswärts 200 Mk., Familienanzeigen und Stellenangebote 70 Mk., Vereinsanzeigen 140 Mk., die dreispaltige, 90 Millimeter breite Zeile kostet 200 Mk., auswärts 300 Mk. Der Grundpreis wird vertriebsfrei mit der Schlußrechnung des Vereins d. Deutsch. Zeitungsbereitender, zur Zeit 250 Millionen. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorrufen keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 267.

Magdeburg, Donnerstag den 15. November 1923.

34. Jahrgang.

Stressemann gibt Rhein und Ruhr preis

Mit dem Eintritte des früheren Oberbürgermeisters Farres als Innenminister in das Kumpffkabinett Stressemanns nimmt die deutsche Außenpolitik eine verhängnisvolle Wendung, gegen die sich vor Wochen selbst Stressemann im Reichstag wie in den Verhandlungen mit den Parteiführern und schließlich in den unter seinem Vorsitz abgehaltenen Kabinettsitzungen der großen Koalition gewandt hat. In seiner am Dienstag vor den Beamten des Innenministeriums gehaltenen Antrittsrede spielte Farres schon leichtfertig mit dem „vorübergehenden“ Verlust des Ruhrgebiets und verwies zum Troste für den geplanten Landesverrat auf die dereinst wiedererstehende „Sonne“.

Eine Stunde später zeigte sich Stressemann dem eiligst zusammenberufenen Fünfkommisionärsrat der besetzten Gebiete als getreuer Anhänger der von Farres und den Deutschnationalen seit Wochen vertretenen, von ihm aber noch vor wenigen Tagen bekämpften Außenpolitik. Ueber Nacht ist er sich auch außenpolitisch untreu geworden, nachdem er innenpolitisch bereits vor der deutschnationalen Straße kapituliert hat. Jetzt soll die deutschnationale Katastrophenpolitik verwirklicht und in der Praxis mit Frankreich „gebrochen“ werden. Es ist beabsichtigt, bis zum 15. oder 25. November alle für das Ruhrgebiet bisher noch geleisteten Unterstützungen, insbesondere die Beträge an die Erwerbslosen und Sozialrentner, zu sperren und die Verantwortung für die Existenz der Armen unter den Armen der französischen und belgischen Regierung als den Befehlsmächten zu überlassen.

Wir lehnen es ab, Stressemann auf dem jetzt beschrittenen Wege zu folgen und einen Teil deutscher Staatsbürger in die Hände derjenigen zu spielen, gegen die sie bisher unter großen Opfern, mit moralischen Mitteln bis aufs äußerste gekämpft haben.

Parlamentarisch ist die Regierung überhaupt nicht befugt, die auf den Bruch mit Frankreich hinauslaufenden Bestrebungen zu verwirklichen. Sie besitzt bis heute nicht das Vertrauen des Reichstags und hat bis jetzt aus guten Gründen auch keine Vermählungen gemacht, es zu erwerben. Deshalb wird versucht, die für unser Volk und die Zukunft des Reiches weittragenden Entschlüsse auf die Meinung eines Ausschusses zu gründen, der keineswegs berufen ist, als Vertretung unserer Volksgenossen in den besetzten Gebieten zu gelten.

Handelt die Regierung trotzdem und vollzieht sie praktisch den Bruch, dann soll sie dafür vor dem Parlament und dem Lande Rechenschaft ablegen. Es wird Stressemann und seinen Getreuen nichts geschenkt werden, denn die Sozialdemokratie ist nicht bereit, deutsches Land preiszugeben wie die volksparteilichen Patrioten und deutschnationalen Hochverräter. —

Die Sozialdemokratie hält Treue.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sagte am Dienstag, um zu den aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Er war einmütig der Auffassung, daß die passive Haltung der Reichsregierung im Konflikt mit Bayern die größte Gefahr für die Reichseinheit heraufbeschwören müsse. In Anbetracht der verfassungswidrigen Zustände in Bayern müsse die Reichsregierung schleunigst zu durchgreifenden Maßnahmen schreiten. Insbesondere müsse gefordert werden, daß Leben und Eigentum der bayrischen Staatsbürger gegen die gewalttätigen Übergriffe der Ludendorffbanden geschützt würden. Alle bewaffneten Verbände müßten in Bayern zur Auflösung gebracht werden, so daß Waffen nur noch im Besitz der Reichswehr und Polizei wären. In Bayern müßten in jeder Beziehung verfassungsmäßige Zustände geschaffen werden. Insbesondere müsse die Freiheit der Presse wiederhergestellt werden. Von Reich wegen müsse ein Strafverfahren gegen Ludendorff, Hitler und Konfanten eingeleitet werden, die des Hochverrats gegen das Reich schuldig sind.

Der Vorstand nahm weiter von sächsischen und thüringischen Beschwerden gegen die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes Kenntnis und beauftragte die Fraktionsführer, eine Beschwerde gegen die Reichsregierung zu vertreten, wie das in ähnlichen Fällen bereits geschah.

Der Fraktionsvorbund beriet ferner über die Vorgänge am Rhein und an der Ruhr. Er beauftragte die Frak-

tionsvorsitzenden, auf das schärfste Stellung zu nehmen gegen die von der Regierung schon in den nächsten Tagen beabsichtigte Einstellung der Erwerbslosen-gelder und sozialen Unterstützungen. Trotz der traurigen Finanzlage des Reiches müßten für die Bevölkerung im Rheinland und im Ruhrgebiet diese Unterstützungen ebenso lange gezahlt werden wie für irgendeinen andern Teil des Reiches. Ein gegenteiliges Vorgehen treibe weite Kreise der Bevölkerung geradezu dem Separatismus in die Arme. Die Sozialdemokratie verlangt von der Regierung, daß sie die äußersten Anstrengungen macht, um das Reich in den Grenzen zu erhalten, die ihm nach dem verlorenen Kriege gebühren sind.

Der Fraktionsvorbund beauftragte seine Unterhändler, in der Parteiführerbesprechung, die am Dienstag von dem Reichskanzler abgesetzt wurde und deshalb auf die nächsten Tage verschoben ist, diese Gesichtspunkte mit aller Entschiedenheit zur Geltung zu bringen. Ferner sprach der Fraktionsvorbund dem Reichstagspräsidenten den Wunsch aus, daß er in den nächsten Tagen den Ältestenausschuß zusammenberufen möge, damit dieser zu der Einberufung des Reichstags Stellung nehmen kann. Der Fraktionsvorbund ist der Auffassung, daß die Reichsregierung nicht das Recht hat, das Parlament in Fragen, die für das Leben der deutschen Nation von entscheidender Bedeutung sind, vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Der Reichstagspräsident hat den Ältestenausschuß zum Freitag einberufen. Es ist anzunehmen, daß er den Zusammentritt des Reichstags für Dienstag der kommenden Woche beschließen wird. —

Gleiche Ziele, gleiche Brüder.

Unter dem Titel „Die Wahrheit über München“ gibt der Abgeordnete Graefe einen Bericht über seine Erlebnisse in München. Er war nämlich am 8. November von Berlin nach München gerufen worden, weil „dort die Annäherung zwischen Ludendorff-Sittler auf der einen Seite und Kahr-Losjow auf der andern so fortgeschritten sei, daß die einheitliche nationale Front vielleicht unmittelbar bevorstehe“. Sie waren alle in München, die Graefe, Geisler, und die andern standen in Norddeutschland bereit.

Graefe berichtet, zu der Aktion selbst sei er zu spät gekommen, er hat sich aber deren Geschichte und — was uns wichtig dünkt — deren Vorgeschichte von seinen Freunden, in erster Linie von Ludendorff, erzählen lassen, und zwar folgendes:

Schon vor einigen Tagen hatten Losjow und Kahr sich in mehreren Besprechungen mit Ludendorff und Sittler dahin erklärt, daß sie mit den Zielen der Freiheitsbewegung restlos übereinstimmten; insbesondere hatte Herr v. Kahr betont, daß auch er es angesichts der hilflosen Zustände in Berlin für unvermeidlich halte, von München aus eine neue nationale Reichsregierung zu proklamieren und nötigenfalls

gegen Berlin zu marschieren,

um sie durchzuführen; nur wollte er sich den Termin für diese Aktion selbst vorbehalten, und außerdem wünschte er, daß sich an dem neuen Kabinett möglichst auch Staatsmänner oder Politiker aus dem Norden beteiligten. Gegenüber diesen Zusicherungen haben Ludendorff und Sittler erklärt, daß sie lokal mit den Herren v. Kahr und Losjow zu diesem Zweck zusammen zu arbeiten wünschten. Eine ähnliche Besprechung hat dann am 8. November nachmittags noch einmal zwischen Ludendorff und Kahr stattgefunden.

Sittler hatte nun aber allmählich daraus, daß nach seiner Ansicht Herr v. Kahr bereits mehrere günstige Momente für die Aktion ungenutzt gelassen hatte, in zunehmendem Maße den Eindruck, daß Herr v. Kahr sie mit seinen Zusicherungen nur hinhaltend wollte, um ihre Pläne dann plötzlich durch eine Königsproklamation zu sabotieren, mindestens aber, daß er ein unentschlossener Künftler (Zögerer) sei. Die

hinterhältige Art, mit der Herr v. Kahr

dann später wirklich Ludendorff und Sittler betrogen hat, löst heute den damaligen Verdacht Sittlers wohl Gott nicht unwahrheitlich erscheinen! Er sagte deshalb den Entschluß, durch eigenes Handeln Herrn v. Kahr zum Farbe bekennen zu nötigen. Hierzu benutzte er die große Kundgebung im Bürgerbräuhaus am 8. November, wo fast die gesamte Regierung mit einer mehrere Tausende zählenden Zuschauerzahl versammelt war.

Der Mexikanerstreich im Bierkeller ist zur Genüge bekannt. Graefe geht mit einigen Sätzen darüber hinweg. Sehr interessant ist seine Darstellung über die angebliche

Erpressung, der die Kahr und Losjow ausgeübt gewesen sein wollen. Graefe erzählt:

Nach einer guten Stunde lehrten die Herren aus dem Nebenzimmer in den Saal zurück. Es ist mir ausdrücklich aufs Wort versichert worden, daß die Besprechung unter den Herren ohne jeden gewalttätigen Zwang erfolgt ist. Die Behauptungen von

vorgehaltenen Pistolen usw. sind erlogen.

Eine Vergewaltigung dieser Art würde auch schwerlich eine Stunde in Anspruch genommen haben! Ein „Druck“ auf die Herren v. Kahr, Losjow und Seizer (Führer der Landespolizei) ist lediglich durch die vorangegangene Schaffung der Lage, das heißt die militärische Besetzung des Saales und die Proklamierung der nationalen Republik erfolgt; die weitere Verhandlung ist aber rein sachlich in dem Sinn erfolgt, die Herren davon zu überzeugen, daß es kein Gegeneinander geben könne, wenn man die gemeinsame nationale Sache nicht aufs äußerste gefährden wolle. Ludendorff, der sich zunächst in genau derselben überraschten Rolle, wie Kahr und Losjow befand, hat sich sofort in diesem Sinn erklärt, nämlich daß er über Form und Stunde der Aktion angesichts des nun einmal vollzogenen Schrittes sich nicht äußern wolle, daß ihm aber eine nationale Spaltung unerträglich schiene, weshalb er es für seine vaterländische Pflicht halte, sich nunmehr

der Sache ganz zur Verfügung

zu stellen. Losjow und Seizer schlossen sich nach einigem Bedenken schließlich dieser Auffassung an, nur Herr v. Kahr zögerte länger, namentlich mit der Begründung, daß die ihm beim Verlassen des Saales von einigen Heißspornen gezeigten Revolver den Anschein erweckten, als habe er sich feige einem gewalttätigen Zwange gebeugt, aber schließlich gab auch er diese Bedenken auf, die sämtlichen beteiligten Herren

reichten sich die Hände

zu gemeinsamer Arbeit.

In den Saal zurückgekehrt, gaben sie dann einzeln unter dem Jubel der Menge ihre in der gesamten Münchner Morgenpresse des 9. November richtig wiedergegebenen Erklärungen ab, daß sie die ihnen zugebachten Ämter übernehmen. Kahr erklärte, daß er als Statthalter der Monarchie die Leitung der Geschäfte Bayerns übernehme, zwar schweren Herzens, aber, wie er hoffe, zum Segen Bayerns und des deutschen Vaterlandes. Nach Ludendorffs heftigsten Worten, betonte General v. Losjow, daß er wünsche, daß ihm seine Aufgabe gelingen werde, eine Armee zu organisieren, die die Flagge schwarzweißrot überall mit Stolz tragen werde. Oberst Seizer beteuerte, daß er versuchen wolle, im

ganzen Reich eine einheitliche Polizei

zu schaffen, welche unter den Farben schwarzweißrot die Ruhe im Innern zu erhalten bereit sei.

Zwölf Stunden später haben diese beiden Herren im Auftrag von Herrn v. Kahr auf die Bannerträger der Fahnen schwarzweißrot und auf Ludendorff aus Maschinen-gewehren mit blutigem Erfolg schießen lassen! Der zum Ministerpräsidenten ausgerufenen Herr Boehner beschloß die Reihe der Erklärungen. Vor der jubelnden Volksmenge wurde

der Handschlag unter den Männern wiederholt,

Kahr drückte besonders herzlich und lange die Hand Sittlers, der der neuen Regierung treue Dankesworte aussprach.

Dann wurde draußen die Front der Kampfformationen abgelesen. Kahr soll dabei der nationalen Jugend besonders kräftige Heilrufe zugerufen haben.

Graefe meint, Sittler habe den großen politischen Fehler begangen, die neue „Regierung“ nicht die ganze Nacht zusammengehalten zu haben. Dann wäre ein „Umfall erbärmlicher Geuchler kaum mehr möglich gewesen“!

Für Kahr und die innern Verhältnisse der „Nationalen“ sind folgende Mitteilungen Graefes von Bedeutung:

Nach einer von einer Regierungsstelle bei Ludendorff eingetragenen Meldung scheint nun Herr v. Kahr tatsächlich zunächst noch einen Funkpruch an die Regierungspräsidenten im Sinne der neuen Regierung hinausgeschickt zu haben, daß er die Statthaltererschaft übernommen und jetzt in der Hand habe, das würde allerdings klar seine jetzige Behauptung

widerlegen, daß er von vornherein ein falsches Spiel

gespielt habe, nur, um seine Aktionsfreiheit wiederzugewinnen. Denn auf dem Generalstaatskommissariat stand er ja unter keinerlei äußerem Druck mehr.

Die ersten Anzeichen seines und Losjows Umfalls zeigen sich vielmehr erst nach einem Gespräch, das die beiden Herren noch in derselben Nacht mit Kapitänleutnant Kauter hatten, welcher Bevollmächtigter des Kapitän Ehrhardt ist und seinerseits die Bindungen zwischen der Ehrhardt-Organisation und dem Alideutschen Verband des Herrn Justizrats Glag eingegangen ist. Die Vermutung liegt nahe, daß Herr Kauter, der, ebenso wie sein Freund Glag, ein scharfer Gegner von Ludendorff, Sittler und der völkischen Freiheitsbewegung ist, durch allerlei angebliche Nachrichten aus dem Norden — von anderer Seite wurde angenommen, gleichzeitig auch von Seiten des Kronprinzen Rupprecht — einen verhängnisvollen

parlamentarischen Ausschusses, der Einzug der Reichswehr, angefallen durch uns veranlaßt, ein Verbot Müller-Brandenburgs usw. sollen die Gründe des Austritts sein. Jeder Satz, jede Behauptung dieser Art ist eine Lüge!

In monatelangen Verhandlungen haben wir uns abgemüht, der R. P. D. beigeitlich zu machen, daß es ihre Pflicht ist, im Interesse der Arbeiterschaft mit uns eine Regierung zu bilden. Das lehnte sie ab. Da kam der militärische Ausnahmezustand im Reich. Ueber Nacht war die R. P. D. bereit, in die Regierung mit uns einzutreten. Bedingungslos, nicht schnell genug konnte sie hincin kommen. Auf den Boden der Verfassung stellte sie sich. Doch wir ließen uns nicht täuschen. Wir lehnten ab, ohne Programm mit der R. P. D. zu arbeiten. Wie recht wir hatten, zeigten die Verhandlungen und die Wochen der gemeinsamen Regierung. Mit fortgeschrittenen neuen Parolen wurde überall im Lande gearbeitet. Die Kommunisten sind mit dem festen Vorsatz in die Regierung eingetreten.

Die Republik zu zertrümmern.

Wir lehnten ab, die Arbeiterschaft in einen nach Lage der Situation nutzlosen Generalstreik zu treiben, deshalb Verrat, wir lehnten ab, auf R. P. D.-Meldungen hin, die niemals einer Prüfung standhielten, die Arbeiterschaft aufzurufen, deshalb Feigheit. Wenn die R. P. D. sagt: Einheitsfront, will sie putzen. Wenn sie sagt: Gemeinsamer Kampf, will sie Parteitagation. Die R. P. D. ist die Todfeindin der Sozialdemokratischen Partei. Jedes Mittel wendet sie im Kampfe gegen uns an.

Unsere Genossen sollen die Reichswehr nach Thüringen gerufen haben, damit die Kenner, Neubauer, Korjich von ihr aus der Regierung gestolzt werden.

Was ist wahr?

Unsere Landtagsfraktion hat beschlossen, wenn die Reichswehr die Kenner, Neubauer und Korjich aus der Regierung holen sollte, müssen unsere Genossen sofort ihre Ämter niederlegen. Das wurde am 8. November beschlossen und am 9. November Kenner mitgeteilt. In Thüringen hat die Reichswehr der R. P. D. den Befehlen nicht getan.

Die Kommunisten haben selbst die Flucht ergriffen

und dadurch auf die Einheitsfront des Proletariats verzichtet. Wir werden uns durch diesen neuen Streich der R. P. D. nicht abhalten lassen, weiterhin im Interesse der arbeitenden Bevölkerung tätig zu sein.

Aus den Kreisen der sozialdemokratischen Regierungsmittglieder wird ergänzend noch folgendes geschrieben:

Die Kommunisten haben ihre Tätigkeit in der Regierung niemals benutzt, um die Interessen der Thüringer Arbeiterschaft zu wahren und zu fördern. Ihr Bestreben ging nur dahin, Komplikationen zu schaffen. Ihre Taktik war darauf angelegt, einen Zusammenstoß mit den bewaffneten Kräften der Reaktion absichtlich herbeizuführen in der Hoffnung, daß, wenn dabei auch die Interessen der Arbeiterschaft leiden würden, doch nicht ausgeschlossen erscheine, daß die kommunistische Partei den einen oder den anderen kleinen Vorteil erringen könnte.

In klarer Erkenntnis der ungeheuren Gefahren für das Proletariat gingen die sozialdemokratischen Regierungsmittglieder davon aus, irgendwelche Teilsaktionen unter allen Umständen zu verhindern, die Thüringer Arbeiterschaft

nicht in einen ausföhllosen Kampf

verwickeln zu lassen, in dem sie nur eine blutige Niederlage erleiden könnten!

Auch beim Einmarsch der Reichswehr in Thüringen wollten die Kommunisten einen Aufruf der Regierung herbeigeführt wissen, in dem die Bevölkerung zum Generalstreik aufgefordert werden sollte, obgleich der Ausgang des für Sachsen beschlossenen Streikes jede Erfolgsmöglichkeit verneinte. Wer den Ausgang der in den letzten drei Wochen geführten Wirtschaftskämpfe verfolgte, mußte einsehen, daß das Unternehmertum nur auf den Augenblick wartet, um die Betriebe zu schließen und große Teile ihrer Arbeiterschaft auf die Straße zu werfen. Die sozialdemokratischen Regierungsmittglieder haben die Anträge der Kommunisten abgelehnt, weil sie nicht verantworten konnten, daß die Thüringische Arbeiterschaft

in ein ungeheures Blutbad

gestürzt wurde.

Den Kommunisten war nichts daran gelegen, einen gemeinsamen Abwehrkampf auf dem klaren Boden des Rechtes zu führen. Sie forderten auf, den von der Reaktion gezeigten abhüssigen Weg zu betreten, nicht anerkennend, daß dadurch die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf diesem Weg abgelenkt und um so sicherer in den Abgrund stürzen würde.

Tumult im Sächsischen Landtag.

Die Dienstagssitzung des Sächsischen Landtags nahm einen außerordentlich stürmischen Verlauf.

Bei der zweiten Beratung des Anleihegesetzes kam der Fraktionsredner der Demokraten auf die Regierungsarbeit des früheren kommunistischen Finanzministers Wötcher zu sprechen. Er verlangte eine Klarstellung darüber, aus welchen einschlägigen Mitteln Wötcher einem jungen Leipziger Bankbeamten, der als sein sachmännlicher Berater fungierte, die Bezüge eines Ministerialdirektors gewährt habe. Ebenso müsse festgestellt werden, warum Wötcher bei der Verwendung von 800 Millionen Mark, die vom Reiche für den Ausbau der Staatsbetriebe überwiesen, aber lediglich für die Erwerblosen verwendet wurden, das Bewilligungsrecht des Landtags übergangen habe. Außerdem habe Wötcher Karpfen aus dem Moritzburger Teiche, die nicht dem Staate, sondern dem Pächter gehören, den Erwerblosen geschenkt.

Finanzminister Held erklärte zum gleichen Thema, es lasse sich nicht leugnen, daß die vom Reiche gegebenen Kredite von 800 Millionen Mark rechtswidrig verwendet worden sind.

Der Kommunist Wötcher verurteilte seine Maßnahmen als Finanzminister zu rechtfertigen, doch wurden seine Behauptungen sofort vom Finanzminister Held widerlegt, der dabei ausführte, daß durch die völlig gescheiterte Verwendung von 800 Millionen Reichsgeldern auf jeden Erwerblosen höchstens 5 bis 7 Pfund Kartoffeln entfallen sind. Die ganze Aktion stelle sich infolgedessen nur als eine Verjettelung von Reichs- und Staatsgeldern dar. Die von dem Minister Wötcher „verschwenkt“ Karpfen sind von einem Teile der Erwerblosen aus dem Teiche herausgeholt und an Schlemmerlokale weiterverkauft worden. Der Finanzminister schloß mit der Feststellung, daß man mit den von den Kommunisten geübten Maßnahmen den Erwerblosen nicht hilft, sondern ihre Not nur vergrößert. Ein Teil der Ausführungen des Genossen Held ging im Ärger der Kommunisten unter. Die Sitzung mußte schließlich wegen des Tumultes auf eine Viertelstunde unterbrochen werden.

Das Anleihegesetz fand dann mit 46 gegen 39 Stimmen Annahme. Mit Stimmenmehrheit wurde ferner ein Antrag gutgeheißen, der einen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Maßnahmen des kommunistischen Wötcher als Finanzminister verlangte. Ein völksparteilicher Antrag, die Regierung zu ersuchen, nach den Vorgängen Englands, der Vereinigten Staaten und der Schweiz die Arbeitslosigkeit durch Gewährung von Exportkrediten zu vermindern, insbesondere Verhandlungen über die Heranziehung ausländischer Kredite zu fördern, wird von Kommunisten und Deutschnationalen gemeinsam bekämpft.

Zu neuen Tumulten kann es, als der Kommunist Siebers versucht, gegen den Willen des deutschnationalen

Vizepräsidenten einen Brief zu verlesen, in dem die Taten der Reichswehr gegenüber den Arbeitern ausführlich geschildert werden. Schließlich mußte die Sitzung abermals unterbrochen werden.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ließen die Kommunisten niemand mehr zu Worte kommen, indem sie mit ihren Pulverbedeln einen ungeheuren Lärm vollführten. Daraufhin beschloß der Aeltestenausschuß die Vertagung auf Donnerstag mittag 1 Uhr.

Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof.

In der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig ist dieser Tage ein Buch erschienen, in dem Graf Robert Zedlitz-Trübschler seine Erinnerungen niederschrieb, die er während seiner 12jährigen Tätigkeit als Hofmarschall Wilhelms 2. gesammelt. Wir haben daraus schon einige Auszüge gebracht.

Die Aufzeichnungen, die keineswegs den Ton der Gehässigkeit oder Nachsicht tragen, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, weshalb das deutsche Volk unter der Herrschaft eines wahnsinnigen Narren, dem niemand entgegenzutreten sich getraute, jenen Sturz in den Abgrund erlebte, an dessen Folgen es nahezu seit 10 Jahren krankt.

Aber nicht nur die Person Wilhelms wird hier trefflich gekennzeichnet, sondern unbewußt auch das System der Monarchie selbst, das solche Erscheinungen wie Wilhelm den Letzten als Herrscher erst ermöglicht.

Die einzelnen Kapitel aus dem Buche des Hofmarschalls sind ganz leidenschaftlos und in trockener Sachlichkeit abgefaßt, so daß sich der Leser leicht das Werturteil selbst fällen kann. Wir geben noch einige Proben:

Das Gottesgnadentum.

Das „Sichbesserfühlen“ als alle ihm bekannnten Männer machte den Kaiser empfänglich für den Glauben, ein auserwähltes Werkzeug Gottes zu sein, mit dem der Himmel ganz Besonderes vorhabe. Dieser Glaube mußte naturwörtlich pharisäischen Hochmut und das Gefühl erzeugen, nicht eigne Kraft sei auf äußerste anzuspinnen, um hochgesteckte Ziele zu erreichen, sondern Gott werde schon dafür sorgen, daß sein Werkzeug auch seine Mission erfülle. Diese für den Kaiser selbst und für das ganze Volk sehr gefährliche Auffassung hätten die Geistlichen, die ihm gegenübertraten, widerren können. Aber gerade die Geistlichen haben sie noch gestärkt.

Die Kaisermandöver.

Im Verlauf der Kaisermandöver merkte man einsichtigen Generalsstäblern und vielen älteren Offizieren eine gedrückte Stimmung an. Statt daß man die Führer vor wichtige Entscheidungen stellte, die kriegsmäßigen Situationen entsprang, handelte es sich lediglich um eine größere oder geringere Abhängigkeit vom kaiserlichen Hauptquartier. „Es darf nicht zu weit werden.“ „Es müssen Wälder geegelt werden.“ „Massenangriffe sind bevorzugt.“ „Es muß hier zum Kampfe kommen, da nur hier die Kavallerie attackieren kann.“ Das waren mehr oder minder leitende Gesichtspunkte.

Der Finger im Glase.

Nach einem der letzten Hofbälle (im Jahre 1904) saß der Kaiser zu einem bei solcher Gelegenheit üblichen Abendessen im kleinsten Zirkel mit uns bei Tisch. Der alte Generalleutnant v. Glogoffstein, mein einstiger Vorgänger als Hofmarschall, bildete die Zielscheibe des besondern Amüsaments. Da er immer davon sprach, daß ihm sein Getränk zu kalt sei, wurde es ihm etwas erwärmt. Dann rührte der Kaiser es mit dem Finger einige Zeit um, räumte selbst einen Schluck davon und gab es ihm zurück: Nun sei es richtig temperiert.

So völlig harmlos (!) diese kleine Episode war, so zeigte sie, wie einfach, natürlich und freundlich der Kaiser für ihm Näherstehende denken kann; wie er aber auch überzeugt ist, daß, nach ihm zu trinken, und nachdem er selbst mit dem Finger umgerührt hat, nun eine ganz besondere Gnade bedeute. Tatsächlich wurde es auch als solche mit großer Debatton aufgefäßt.

Die Untertanen.

Nachdem Professor Stabj dem Kaiser gegenüber mehrfach herabgehoben, wieviel Widerstand Merckhöfderfelbe bei mannigfachen Gelegenheiten gefunden und wie seine Gegner doch schließlich ihren Irrtum einsehen mußten, war es nur natürlich, daß der Kaiser schließlich sagte: „Ja, das ist es ja, meine Untertanen sollten einfach tun, was ich ihnen sage, aber meine Untertanen wollen immer selber denken, und daraus entstehen dann alle Schwierigkeiten.“

Die Reise nach Langer 1905.

In Wirklichkeit ist diese politische aufgebrauchte Affäre folgendermaßen entstanden: Der Kaiser äußerte dem Grafen Gulerburg gegenüber, gelegentlich der Vorlegung des Planes für die Mittelmeerreise, daß er gern etwas in Marokko sehen würde und deshalb Langer an der Küste entlang fahren wolle. Der Graf Gulerburg fragte nun vorsichtigerweise den Reichskanzler, Grafen Bülow, ob ein „Kreuzen“ nicht an Langer politische Bedenken habe. Ich sah selbst, daß Graf Bülow schriftlich antwortete: „Nur ein Vorbeifahren dicht an Langer habe nach seiner Ansicht kaum Bedenken.“

Aus dieser Äußerung ging hervor, daß ihm bereits dieser Plan schon nicht ganz sympathisch war, und daß er leise abtrotten wolle. Nach einigen Tagen aber sprach Majestät ganz ruhig von einem eventuellen kurzen „Landen“ in Langer, und nun hatte Graf Bülow doch nicht mehr die Nerven, um zu erklären, daß dies tatsächlich Schwierigkeiten in der politischen Lage hervorzurufen könnte. Aus der ganzen Situation ging hervor, daß dem Reichskanzler der Besuch von Langer sehr unerwünscht war, daß er dies aber nicht mit der entsprechenden Ernstbedenken zum Ausdruck brachte. Auf diese Weise entstand der Aufenthalt in Langer, und nun versucht man so zu tun, als ob alles wohlüberdacht und im deutschen Interesse gelegen habe.

Der Baderosen.

Vor einigen Tagen hatten wir eine Besprechung mit dem Major v. A. vom Großen Generalstab über die Mandöver. Dabei stellte sich heraus, daß künftighin auf allerhöchsten Befehl stets eine Gardebionierkompanie an den Kaisermandöver (bismarck also im GIsaß) teilnehmen müsse, weil im vorigen Jahre in der Kaiserbarade der Baderosen nicht in Ordnung war. Warum sagte der Chef des Generalstabs nicht, daß es gar nicht an den Pionieren gelegen, die die Parade

aufgestellt, sondern daß der Mensch, der den Ofen zu befeuert, ihn überhitzt und dadurch unbrauchbar gemacht habe?

Der Kaiser und Fürst Bülow (1910).

Vorgestern Abend nach dem Hofkonzert hatte der Kaiser wie üblich, noch einige Herren in das Adjutantenzimmer zum „Rauchen“ geladen und blieb dort bis halb zwei Uhr morgens in angeregter Unterhaltung. Der Kaiser kam sehr bald auf den Fürsten Bülow zu sprechen und äußerte so vernichtend Urteile und zeigte eine so tiefe Verstimmung, daß man auf das äußerste überrascht war. Er erwähnte sogar, daß es seit Kaiser Borgia einen so heuchlerischen und verlogenen Menschen nicht mehr gegeben habe. Auch schob ihm der Kaiser die ganze Schuld an dem Skandal mit dem Fürsten Gulerburg und an den sich daran anschließenden Skandalen zu.

Um dieses Urteil zu provozieren, haben manche Freunde des Kaisers wohl viel beigetragen, weil sie merkten, daß alles, was gegen Bülow vorgebracht wurde, auf guten Boden fiel. Der Kaiser nannte am jenen Abend besonders den Admiral v. Hollmann als Quelle, was nicht wundern kann. Er erwähnte auch, daß es nun festgestellt sei, Bülow hätte keine seiner berühmten Reden selbst angefertigt. Diese Nebenbei seien alle von dem Geheimrat Hamann verfertigt. Bülow habe sie wörtlich auswendig gelernt und sei ein Phänomen damit in Europa. Schon diese Geschichte zeigt, wie weltfern der Kaiser ist.

„Steuern müssen sie zahlen...“

Beim Gespräch über Steuern äußerte der Kaiser: „Steuern müssen sie zahlen, bis sie schwarz werden.“ Am meisten macht mich an ihm immer stutzig, daß er keinen Begriff von Nationalökonomie hat. Nach seiner Auffassung hat das Volk alles zu zahlen, was nötig ist, und Sache der Minister ist es, auf irgendeine Art dies „Nötige“ aus dem Volke herauszugiehen.

Vom Berliner Buchdruckerstreik.

Im Streik der Berliner Buch- und Notendrucker hat der Dienstag keine wesentliche Veränderung gebracht. Für 11 Uhr vormittags hatte der Reichsarbeitsminister neue Verhandlungen anberaumt, zu denen sich die Unternehmer nicht einfanden. Schriftlich lehnten sie den Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers ab. Er sah vor, daß bei sofortiger Zahlung eines Vorzuschusses von 1 1/2 Billionen Mark die Arbeit noch am Dienstag aufgenommen werden sollte. Während der Zeit der Verhandlungen über die endgültige Regelung der Lohnfrage sollte statt des im Schiedspruch vorgesehenen Vorzuschusses von 80 Prozent jeden Tag der volle Arbeitslohn ausbezahlt werden.

In einer Versammlung der Streikenden die mittags um 12 Uhr stattfand, wurde lediglich Bericht über die Lage erstattet; von einer Diskussion wurde Abstand genommen, um nicht wieder der Auflösung durch die Polizei zu verfallen. Bei dieser Haltung der Unternehmer geht der Streik unermindert, auch in den Rotendruckereien, einschließlich der Reichsdruckerei, weiter. Sein Ende ist bis jetzt noch nicht abzusehen.

Ausgleichende Gerechtigkeit.

Wie wir schon kurz meldeien, hat der Reichspräsident den kommunistischen Arbeiter Thorell, der wegen Teilnahme an den Hamburger Ruffkämpfen zum Tode und zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt war, zu 10 Jahren Festung begnadigt.

Mit dieser Meldung wird Kunde gegeben von einem Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Die fast gleichzeitig bekanntgewordenen Urteile der außerordentlichen Gerichte in Aotibus und Hamburg hatten eine Klüft in der Rechtsprechung erkennen lassen, eine Klüft, die nur zu erklären war aus der Klasseinstellung der beteiligten Gerichte. In Aotibus der Major a. D. Buchdrucker, der Führer des vorbereiteten Rufftriner Rechtsprozesses, der bei den Regierungsstellen für so gefährlich galt, daß deswegen Pressezensur und in der Verhandlung Ausschluß der Öffentlichkeit für notwendig gehalten wurde. In Hamburg der jugendliche Schlosser Thorell, der offenbar mitleidete Teilnehmer eines Ruffkampfes, der leider viele Menschenleben kostete, von denen aber keins (ohne Verschönerung der Tat Thorells) den Angeklagten unmittelbar belastete. Für den Führer und Anführer Buchdrucker 10 Jahre Festung; gegen den Mitläufer Thorell das Todesurteil! Diese ungeheure Verschiedenheit der beiden Urteile zweier Ausnahmegerichte mußte jadesen Protest auslösen. Wir haben diesem Protest gleich Ausdruck gegeben, und zahlreiche Gnabengesuche von Privatpersonen und Organisationen forderten ebenio wie wir ein Eingreifen der Gnadeninstanz. Das ist jetzt geschehen, und Thorell erleidet jetzt die gleiche Strafe wie Buchdrucker.

Goldgebühren im Telegramm- und Fernsprecheberkehr.

Im Telegramm- und Fernsprecheberkehr werden die Gebühren jähre vom 1. November ab durch Vervielfachung von Grundbeträgen mit dem am Tage der Zahlung geltenden Umrechnungssatz für die Steuermarkt berechnet.

Im Telegrammberkehr sind die wichtigsten Grundbeträge: Ferntelegramme Wortgebühr 0,10 Mark. Ortstelegramme Wortgebühr 0,05 Mark. für ein Telegramm werden mindestens 8 Wörter berechnet. Zustellung bei ungewöhnlicher Anschrift 0,30 Mark. Vorauszahlung der Gebühre (XP) 0,60 Mark. Einbindung der Telegrammgebühren 2 v. H. des Betrags der gebühreten Gebühren und außerdem für jedes Telegramm 0,05 Mark. abgefürzte Telegrammanchriften jährlich 30 Mark, regelmäßige besondere Zustellung der Telegramme jährlich 30 Mark. Vereinbarungen über abgefürzte Telegrammanchriften sowie solche über regelmäßige besondere Zustellung der Telegramme können bis zum 15. Dezember 1923 zum 1. Januar 1924 g. kündigt werden.

Im Fernsprecheberkehr: Ein Ortgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus 0,10 Mark. mindestens werden für einen Hauptanruf monatlich angerechnet in Ortsnegem mit nicht mehr als 50 Hauptanrufen 20. mit mehr als 50 bis einschli. 1000 Hauptanrufen 30. mit mehr als 1000 bis einschli. 10 000 Hauptanrufen 40. mit mehr als 10 000 Hauptanrufen 50 Ortsgespräche. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschli. 0,10 Mark. von mehr als 5 bis 15 Kilometer einschli. 0,20 Mark. von mehr als 15 bis 25 Kilometer einschli. 0,30 Mark. von mehr als 25 bis 50 Kilometer einschli. 0,60 Mark. von mehr als 50 bis 100 Kilometer einschli. 0,90 Mark. darüber hinaus für je angefangene 100 Kilometer mehr 0,30 Mark.

Für dringende Gespräche das Dreifache, für Bliggespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. Vortageanmeldung 0,10. Anrufgebühr 0,10. Streichungsgebühr für Gespräche 0,10. A.P. V. oder N-Gebühr für eine Person je 0,40, für jede weitere Person 0,20. Unfallselbgebühr 0,60 Mark.

Hochflut im Telegraphen- und Fernsprecheberkehr.

Die Oberpostdirektion schreibt uns: Der katastrophale Sturz der Mark und seine Folgen (niedere Gehalts- und Wirtschaftslage, Nebergang zur Vorkaufszahlung im Handel und die dadurch eingetretene starke Geldknappheit) in einer Zeit, wo man in den Bädern und Kurorten weilt, und wo die Befahrungsmächte die Einstellung des Bahnverkehrs mit dem besetzten Gebiet und die völlige Ab-

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. November 1923.

Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag den 12. November auf das 218,5-milliardefache der Vorkriegszeit.

Table with 2 columns: Date and Index Value. Rows include May, June, July, August, September, October, and November for the years 1913 and 1923.

Die Lebenshaltungskosten waren also bis zum Anfang dieser Woche stärker gestiegen als die Devisenkurse, die am Montag erst den 150-milliardefachen Vorkriegsstand innehielten.

Der Index vom 12. November ist aber durch die weitere Entwicklung am Devisenmarkt überholt. Bereits gestern hatten wir den doppelten Dollarkurs vom Montag.

Die Anwendung des Index auf Lohnfestsetzungen muß, nachdem sich die Leertendenz so überschlagen hat, jetzt mit doppelter Vorsicht erfolgen.

Wie das Fleisch teuer wird.

Die ungeheure Steigerung des Fleischpreises in den letzten Tagen hat — was zu verstehen ist — größte Erregung in der Bevölkerung ausgelöst.

In Ihrem Artikel über die hohen Fleischpreise weisen Sie darauf hin, daß sich die Menge des umgesetzten Schlachtwiehs verringert, die Zahl der Metzger, Viehhändler aber vermehrt habe.

Jedenfalls ist es aber eine ungeheure Wirtschafft, wenn die umgesetzte Warenmenge auf ein Fünftel zurückgegangen ist, die Menschen, die sich vom Umsatz nähren wollen, aber an Zahl sich nicht vermindert, sondern noch vermehrt haben.

Ein Wirtschaftssystem, das in sich krank und gegen alle Vernunft ist, muß umgestaltet werden oder — zusammenbrechen.

Heute lassen sich einmal in Deutschland Nahrungsmittel mit deutscher Papiermark kaufen, Nahrungsmittel und Rohstoffe aus dem Ausland einzuführen, ist fast unmöglich.

Errichtung einer Schmalz- und Margarinefabrik.

Von Oberingenieur W. Schramm (Hildesheim) wird ein der wichtigsten Probleme ist die Versorgung der Bevölkerung mit Fett.

Diese Fettmengen müssen zum größten Teil im Ausland gekauft werden, weil Deutschlands Fettproduktion nicht ausreicht ist.

Erfreulicherweise macht sich in der letzten Zeit eine Bewegung bemerkbar, rein deutsche Margarinekonzerne ins Leben zu rufen, welche Neuanlagen bauen.

In einer solchen Fabrik können Öle und Fette jeder Art verarbeitet werden, ohne daß hierbei irgendein Abfall entsteht; jedes Gramm findet seine Verwendung.

Wenn nun für ein zweites Unternehmen die Magdeburger Gegend gewählt ist, so ist die Lage als günstig zu bezeichnen.

Es kommen folgende Verfahren in Frage: 1. Fetthärtung, 2. Vitaminfett (Schmalz, Speisefett), 3. Mhrabolaöl, 4. Spaltung schwarzer Extraktstoffe.

Damit nun die Abfälle ausgenutzt werden, sollen diese auf Seife und Seifenprodukte verarbeitet werden, damit die Bevölkerung mit billigen Seifen versorgt werden kann.

Ein Brot 280 Milliarden. Die Bäckereiwirtschaft gibt heute bekannt, daß ein 4-Pfund-Brot 280 Milliarden kostet.

Lohnbewegung der Fabrikarbeiter. Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch, wonach die Löhne in den Ortszonen für die Woche vom 11. bis 17. November 1923 um den Steigerungssatz des Reichsindex von 121,8 Prozent zu erhöhen sind, ist von beiden Parteien angenommen worden.

Gehaltszahlung für Angestellte. Zwischen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und den Arbeitnehmerorganisationen ist vereinbart worden, daß am Freitag den 16. November sofort genügend Zahlungsmittel vorhanden, weitere 1000 Septembergehälter zu zahlen sind.

Arbeitersekretariat Magdeburg. Der Ortsausschuß des A. D. G. B. ist leider durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, das Arbeitersekretariat von heute an zu schließen.

Lohnbewegung im Transportgewerbe. Der vom Schlichtungsausschuß am Dienstag gefällte Schiedsspruch ist von beiden Parteien angenommen worden.

Arbeitsgemeinschaft des graphischen Gewerbes Magdeburg. In der Aula der Kunstgewerbeschule spricht am Freitag den 16. November, abends 7 Uhr Herr Dr. Grefschel über „Der deutsche Holzschmitt und Kupferstich im Zeitalter Albrecht Dürers“.

Eine noble Firma. Die Magdeburger Lebensversicherungsgesellschaft hat am Freitag den 16. November, abends 7 Uhr, in der Aula der Kunstgewerbeschule ihren 11. jährlichen Tag an die Witwen und Waisen der Mitglieder abgehalten.

Arbeitsgemeinschaft des graphischen Gewerbes Magdeburg. In der Aula der Kunstgewerbeschule spricht am Freitag den 16. November, abends 7 Uhr Herr Dr. Grefschel über „Der deutsche Holzschmitt und Kupferstich im Zeitalter Albrecht Dürers“.

Einsparung von Magdeburger Stadtanleihen zu 1.000.000fachen des Nennwertes. Die zum 2. Januar bzw. 1. April 1924 fälligenden Magdeburger Stadtanleihen von 1880, 1891, 1902, 1906 und 1919, auch die gesamte Anleihe 1913 kommen, sofern die Städte der städtischen Kammereinfasse bis zum 31. Dezember 1923 kostenfrei zugestellt werden, zum 1.000.000fachen des Nennwertes zur Einlösung.

Eine Meldepflicht für Versorgungsberechtigte. Nach der Personalabbaubehörde ist jeder Versorgungsberechtigte, der nicht im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienste verwendet wird und neben seinen Versorgungsgehältern ein weiteres steuerbares Einkommen bezieht, bei Verlust seiner Versorgungsbezüge verpflichtet, das den Behörden anzuzeigen.

Die Elternabende der Sozialistischen Arbeiterjugend, die für Sonntag den 18. d. M. vorgelesen waren, müssen aus technischen Gründen zusammengelegt werden.

Wohltätigkeitsveranstaltungen. Der Magdeburger Schauspielverein hat aus dem Erlös dreier Theaterabende, die den „Gnädigen Frad“ zur Aufführung brachten, die Summe von 1.539.306 Millionen für die alten Leute des Augustiner-Hospizes bestimmt.

Sonderveranstaltungen für Metallarbeiter gibt Kolff Sylbero am Freitag und Sonnabend im „Krisstallpalast“, Leipziger Straße. (Siehe Interat.)

Die Zusatzrenten an Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte werden in dieser Woche in den Räumen des Versorgungsamts nach folgender Einteilung gezahlt: Freitag den 16. November von 9 bis 1 Uhr.

Table with 2 columns: Category and Amount. Rows include Kriegsbeschädigte für die Buchstaben A B D, Kriegsbeschädigte für die Buchstaben E F G, etc.

Zwischenzahlung für Militärentner. Auf Grund eines Erlasses des Reichsarbeitsministeriums ist sämtlichen Militärentnerempfangern (Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen) eine zweite Zwischenzahlung für November 1923 zu leisten.

Lohnabschlüsse auf Goldbasis. Durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums ist für Bootleute und Heizer in der Binnen-schiffahrt Gruppe Elbe für die Zeit vom 5. bis 11. November ein Goldmarklohn von 22,4 festgelegt worden.

Fritz Blumenfeld bringt am Freitag das größte aller Manegen-Schauspiele „Krone und Fessel“ zur Aufführung.

Gestohlen wurden aus einer Wohnung in der Großen Schulstraße eine Geldtasche mit 25 Billionen Mark und mehrere alten grauen Eintausendmarkscheine; aus einem Schloßper an Jüttenufer vier Kisten Schmalz; aus einer Laube in der Harsdorfer Straße acht Hühner.

Freigegeben wurden: Die Arbeiter Karl Schneller, Wolfenbüttelei Straße 48, und der wohnungslose Wilhelm Schulze, die gemeindefreiwillich in der Nacht zum 30. v. M. einen Einbruchsdiebstahl in der Kurfürstentrasse verübt haben.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg. Elternabende am Sonntag werden zusammengelegt: Abends 8 Uhr König-Wilhelm-Gymnasium, Eintritt 2 Milliarden, Gaffe 5 Milliarden.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Stadttheater. Freitag (6. Abend): Der Waffenschmied. — Sonnabend (7. Abend): Der Restor. — Sonntag vormittag 11 Uhr: Morgenveranstaltungen zugunsten der Altershilfe; abends (Anrecht aufgehoben): Samba-Bücher.

Wilhelm-Theater. Freitag (Vorstellung für die Volkshilfe, 8. Abend): Der Restor. — Sonnabend (Vorstellung für die Volkshilfe, 9. Abend): Der Restor. — Sonntag (offene Vorstellung): Die Kaufleute.

Städt. Orchester. Die Anhaber der Anrechtstaxen zu den Theaterkonzerten werden gebeten, die Zuschlagskarten am Sonntag und Dienstag bei den Konzerten einzulösen, da Mittwoch geschlossen ist.

Nachrichten aus der Provinz.

Holzverkaufs- und Zahlungsbedingungen.

Vom 2. November ab sind, wie der Amtliche Preisse...

Für die Verkaufsabschlüsse in Goldmark beträgt die Zahlungs...

Auch die Vertragsstrafen, die in den allgemeinen Verkaufs...

Kreis Wangleben.

Sitzung der Agitationsleiter.

Sonntag den 18. November, 9 Uhr früh, Sitzung des Unter...

Kreis Neuhaldensleben.

An die Vorstände der Ortsgruppen.

Am Sonntag den 18. November, vormittags 10 Uhr, findet in...

Himmendorf. Sozialdemokratischer Verein.

Sonntag den 17. November, abends 8 Uhr findet im „Alten Mann...

Kreis Jerichow 1.

Burg. Die Ausgabe von verbilligtem Brot an...

Arbeitslose wird, wenn es sich, am Sonnabend dieser Woche fort...

Burg. Parteifreier können sich noch melden beim...

Kreis Kalbe.

Schönstedt. Eine ungeheure Erregung bemächtigt...

Essen selbst wird von zwei Kochfrauen in der saubersten Weise herge...

Altmark.

Salzwedel. Kirchhofschändung. In der Dienstag...

Stendal. Stadtverordneten-Fraktion. Sonnabend...

Wanderung des Anzeigenpreises. Die Schlüsselzahl des V. D. Z. B. ist von heute an erhöht auf 500 Millionen. Verlag der „Volksstimme“.

Kleine Chronik.

Die Waffenmacht. Daß in Deutschland heute eine starke Ten...

Warenmärkte.

Magdeburger Produkten-Börse vom 14. November.

Notierungen in Reichsmark. Gemäß der Verteilung an der heutigen Börse in der Handelskammer...

Berliner Produkten-Börse vom 14. November. Kartoffelnotierungen (amtlich) für 50 Kilogramm.

Wasserstände. + bedeutet über, - unter Null.

Wettervorhersage. Freitag den 16. November: Anvendig, mild, vorübergehend etwas Regen.

Telegraphische Auszahlungen. Die amtlichen Notierungen stellten sich wie folgt in Millionen:

Das Geheimnis des Alten. Roman von Stein-Riberton. (15. Fortsetzung)...

Heute die Nacht, die folgte, finde ich unter den Aufzeich...

Monat aufgetaucht und hat die Jagdhütte gemietet, die droben...

(Fortsetzung folgt.)